



Ausschuss für Kommunalpolitik

136. Sitzung (öffentlich)

4. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:02 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Andrea Wieck

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

7

- 1 Entwurf einer Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV)**

7

Vorlage 16/4239

Vorlage 16/4319

In Verbindung mit:

Auswirkungen der Präzisierung des Zugangs zu Sozialleistungen für EU-Ausländer auf die geplante Wohnsitzauflage für Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4401

Die Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik zur Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung wird durchgeführt; der Bericht der Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.

2 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

Ausschussprotokoll 16/858

Der Gesetzentwurf verfällt gegen die Stimmen der PIRATEN mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen der Ablehnung.

3 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363

Ausschussprotokoll 16/1458

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage) wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN angenommen.

Dem Gesetzentwurf Drucksache 16/12363 in der durch den soeben beschlossenen Änderungsantrag veränderten Fassung wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN zugestimmt.

4 Härtefallzuweisungen an Kommunen im Jahr 2016 gemäß Gemeinde- finanzierungsgesetz 18

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4404

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5 Aktueller Sachstand beim Stärkungspakt Stadtfinanzen 19

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Der mündliche Bericht der Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.

6	Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017- GFG 2017)	23
---	--	----

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12502

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung einer dritten Stufe des Stärkungspakts

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 16/12785

Ausschussprotokoll 16/1461

Der Gesetzentwurf 16/12502 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN mehrheitlich angenommen.

Der Gesetzentwurf 16/12785 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN ebenfalls mehrheitlich angenommen.

7 Kommunale Steuererhöhungsspirale durch das Gemeindefinanzierungsgesetz nachhaltig stoppen 27

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13025

Der Antrag Drucksache 16/13025 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

8 Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12366
Ausschussprotokoll 16/1407

Der Ausschuss kommt daraufhin überein, kein Votum abzugeben.

9 Investitionsfähigkeit der Kommunen stärken 30

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13024

Der Ausschuss kommt überein, zum Antragsgegenstand eine Anhörung durchzuführen und die Ausgestaltung der Modalitäten den Obleuten zu übertragen.

10 Gewalt gegenüber Amts- und Mandatsträgern in Nordrhein-Westfalen 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4403

Der Bericht wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen.

11 Aktuelle Zwischenbilanz zum kommunalen Investitions-Förderfonds in Nordrhein-Westfalen 32

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4408

Der Bericht wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen.

12 Finanzielle Folgen der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs für die nordrhein-westfälischen Kommunen 33

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4402

Der Bericht wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen.

13 Verschiedenes**34**

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des Innenausschusses am 24. November 2016 pflichtig zu beteiligen und die Obleuterunde mit der nachfolgenden terminlichen Planung zu beauftragen.

* * *